

Auskunft:

[Maria Vonbank, LLB](#)

T +43 5552 6136 [51239](#)

Zahl: BHBL-II-960-32/2023-50

Bludenz, am [02.04.2024](#)

Betreff: Land Vorarlberg, Abteilung Straßenbau; Erneuerung der Lawinenauslöseanlage der L197 Arlbergstraße im Bereich Stuben im Gemeindegebiet von Klösterle  
naturschutzrechtliche Bewilligung und wasserrechtliche Bewilligung  
Anlage: 1

## BESCHEID

Mit Eingabe vom 16.02.2023 hat das Land Vorarlberg, Abteilung Straßenbau (VIIb), um die Erteilung der naturschutzrechtlichen Bewilligung und der wasserrechtlichen Bewilligung für die Erneuerung der Lawinenauslöseanlage der L197 Arlbergstraße im Bereich Stuben im Gemeindegebiet von Klösterle angesucht.

Aufgrund der vorgelegten Plan- und Beschreibungsunterlagen sowie des Ergebnisses des durchgeführten Ermittlungsverfahrens mit der am 06.02.2024 abgehaltenen mündlichen Verhandlung ergibt sich folgender

### Sachverhalt

Zum Schutz der Landesstraße L197 Arlbergstraße im Bereich km 16,40 bis km 16,75, des Skigebietes sowie des Siedlungsgebietes wird derzeit die Sprengseilbahn „Albona“, bestehend aus der Sprengseilbahn „Albona West“ und „Albona Ost“, betrieben. Mit dieser werden kontrolliert Kleinslawinen ausgelöst, um das Anwachsen von großen Schadlawinen zu verhindern. Da die Sprengseilbahn nicht mehr dem Stand der Technik entspricht, wird diese durch eine künstliche Lawinenauslöseanlage in Form von acht Lawinensprengmasten ersetzt. Zusätzlich ist zur Überwachung des Sprengerfolges die Errichtung einer Radaranlage vorgesehen.

Die in den 1980er Jahren im Bereich des Albonagrates errichtete Lawinensprengseilbahn „Albona West“ wurde durch ein Elementarereignis am 23.12.2023 irreparabel beschädigt. Zur Überbrückung wurden der Stubner Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H., Innsbruck, mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Bludenz vom 08.02.2024, ZI BHBL-II-930-174/2023-9, die erforderlichen

Bewilligungen für die temporäre Errichtung zweier mobiler Lawinenwächter auf einem Gletscherschlitten befristet bis zum 01.07.2024 erteilt.

Aufgrund der Produktneutralität einer öffentlichen Ausschreibung ist es der Antragstellerin im gegenständlichen Verfahren nicht möglich, die endgültigen systemspezifischen Details anzugeben.

Das geplante Lawinenauslösesystem ist ein ferngesteuertes System, bei dem die Detonation aus der Ferne von einem sicheren Standort ausgelöst werden kann. Auf dem Mast wird ein Wurfkasten montiert, welcher mehrere Sprengladungen vorrätig halten kann. Die geplanten Masten werden auf Einzelfundamenten errichtet. Je Fundament sind hierzu geringe Erdarbeiten, Betonarbeiten und die Herstellung von 4-5 Mikropfählen erforderlich. Die Fundamente für die Masten werden je nach Bodenbeschaffenheit dimensioniert. Die Höhe der Masten beträgt unter 16,0 m.

Unabhängig vom Hersteller wird der Mast aus Stahl errichtet. Zum Schutz der Stahlkonstruktion wird diese überwiegend feuerverzinkt ausgeführt. Elemente von Bauteilen sowie die Abwurfmodule bzw. Magazinkasten werden lackiert ausgeführt. Die Befüllung der Wurfkästen erfolgt üblicherweise vor Beginn der Wintersaison, die Entladung nach Ende der Lawinensaison. Das Ende der Lawinensaison wird durch die Lawinenkommission beurteilt.

Die Schulung des Betriebspersonals erfolgt im Zuge der ersten Inbetriebnahme und in weiterer Folge jährlich vor Beginn der Wintersaison durch den Sprengmittelbeauftragten.

Die Energieversorgung der Sprengmasten erfolgt mittels Batterie, welche im Magazinkasten situiert sind. Die Batterie wird über ein PV-Panel gespeist. Die Steuerung sowie die Funkübertragungselemente befinden sich ebenfalls im Magazinkasten. Die Bedienung der Anlage kann von unterschiedlichen Standorten via internetfähigen Geräten oder per Funk ausgeführt werden.

Der An- und Abtransport des Materials erfolgt mittels Helikopterbringung vom Abflugplatz in der Nähe des Lüftungsschachtes des Arlbergtunnels. Es ist mit ca. 15 Helikopterflügen pro neu zu errichtendem Lawinensprengmasten auszugehen. Für den Abtrag sind ca. 6 Flüge je Mast geplant. Insgesamt sind daher bis zu 220 Helikopterflüge über die gesamte Bauzeit vorgesehen. Da der Antransport von Baumaterialien und der Abtransport der Bestandsbauwerke zumindest teilweise im Zuge einer Rotation erfolgen kann, wird die tatsächlich erforderliche Anzahl an Rotationen voraussichtlich deutlich darunterliegen.

Sowohl für die Errichtung der Lawinenauslöseanlage als auch für den Rückbau der bestehenden Anlage sind keine Baustraßen vorgesehen. Unter Umständen kommt ein Schreitbagger zum Einsatz.

#### **Lawinenradaranlage:**

Für die Detektion und Dokumentation der ausgelösten Lawinen wird ein Lawinenradar errichtet. Die Radaranlage wird auf einem der bestehenden Masten auf GST-NR 1558 GB Klösterle befestigt. Die elektrische Versorgung erfolgt vom Gebäude der Betriebsstation Flexen. Von bestehenden Verteileranlagen soll ein 230-Volt Abgang zur Versorgung dienen. Zu den relevanten Masten ist bereits eine Lehrverrohrung vorhanden.

### **Rückbau der bestehenden Lawinensprengseilbahn:**

Es ist vorgesehen, die bestehenden Seile, Abspannungen, Masten und die Antriebsstation der Sprengseilbahn Albona abzutragen und wegzuschaffen. Weiters werden die bestehenden Stahlbetonfundamente bis ca 30 cm unter das Geländeniveau abgetragen und die verbleibenden Hohlräume mit anstehendem Lockergestein aufgefüllt. Bei stark ausgesetzten Fundamenten aus Felsköpfen wird teilweise das gesamte Fundament abgetragen, da diese nicht tiefer als 30 cm in den Untergrund einbinden.

### **Sonstiges:**

Im Projektgebiet befinden sich die Albonaquelle 1 und die Albonaquelle 2 der Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Klösterle in einer Entfernung von mehr als 800 m. Mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Bludenz vom 17.02.2017, ZI BHBI-II-3002-39/2015-47, erfolgte die Auffassung bzw Stilllegung der Quelfassungen. Die Albonaquellen sollen auch künftig nicht mehr genutzt werden, auch nicht zur Notversorgung. Aufgrund der großen Entfernung ist eine dauerhafte Beeinträchtigung nicht zu erwarten.

In der Sturzbahn befindet sich eine 380-kV – Hochspannungsleitung der Verbundgesellschaft. Am Hangfuß befindet sich eine 110 kV – Hochspannungsleitung der illwerke vkw AG, Bregenz. Bei künstlicher Lawinenauslösung wird mit keiner Lawineneinwirkung gerechnet. Die eingelangten Stellungnahmen der Vorarlberger Energienetze GmbH, Bregenz, und der Austrian Power Grid AG, Wien, wurden der Antragstellerin zur Kenntnis gebracht.

Die gegenständlichen Lawinensprengmasten werden auf den GST-NRN 1151 und 1155/1 GB Klösterle errichtet. Die Zustimmungserklärung der Grundeigentümerin liegt vor. Die Radaranlage wird auf GST-NR 1558 GB Klösterle errichtet, welches sich im Eigentum der Antragstellerin befindet.

Sämtliche Maststandorte befinden sich auf einer Höhe von über 1.800 m und somit im alpinen Bereich.

Das gegenständliche Vorhaben liegt im Nahbereich des Natura-2000- Gebietes „Verwall“.

Im Übrigen wird auf die vorgelegten, einen Bestandteil dieses Bescheides bildenden Plan- und Beschreibungsunterlagen verwiesen.

Hierüber ergeht folgender

### **Spruch**

**I. Gemäß den §§ 23 Abs 2 lit a, 33 Abs 1 lit b, e und h, 35 Abs 1 und 37 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftsentwicklung, LGBl Nr 22/1997 idgF, wird die beantragte**

**naturschutzrechtliche Bewilligung**

**für die Errichtung von acht Lawinensprengmasten samt Radaranlage im Bereich Stuben im Gemeindegebiet von Klösterle nach Maßgabe des festgestellten Sachverhaltes und der einen**

**Bescheidbestandteil bildenden Plan- und Beschreibungsunterlagen unter nachstehenden Auflagen erteilt:**

**A) Naturschutzfachliche Auflagen:**

1. Helikopterflüge für die Errichtung, für den Betrieb und für die Instandsetzung der Anlage sind aus Gründen des Vogelschutzes erst ab dem 15.07. des jeweiligen Jahres zulässig. Ausgenommen hiervon sind unbedingt während der Lawinensaison erforderliche Reparaturarbeiten und Nachfüllungen sowie die erforderliche Entladung der Lawinensprengmasten.
2. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die Bauwerke und das Baufeld fotografisch zu dokumentieren. Diese Fotodokumentation ist spätestens mit der Fertigstellungsmeldung an die Behörde zu übermitteln.

**B) Baugestalterische Auflagen:**

1. Die Lackierung der technischen Aufbauten auf den Masten sind Dunkel (zB in einem Grauton) und blendarm auszuführen.
2. Für sämtliche PV-Panale auf den Masten sind ausschließlich blendarme Gläser nach dem Stand der Technik mit einem Reflexionsgrad von maximal 9 % zu verwenden. Der Hersteller der Anlage hat die Einhaltung dieser Auflage schriftlich zu bestätigen.

**II. Gemäß § 26a Abs 5 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftsentwicklung, LGBl Nr 22/1997 idGF, wird festgestellt, dass das Natura-2000-Gebiet „Verwall“ sowie seine Schutzgüter durch die Errichtung und den Betrieb der im Sachverhalt erwähnten Lawinensprengmasten im Gemeindegebiet von Klösterle nicht erheblich beeinträchtigt werden.**

**III. Gemäß den §§ 41, 98, 105 und 111 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl Nr 215/1959 idGF, wird die beantragte**

**wasserrechtliche Bewilligung**

**für die Errichtung von acht Lawinensprengmasten samt Radaranlage im Bereich Stuben im Gemeindegebiet von Klösterle nach Maßgabe des festgestellten Sachverhaltes und der einen Bescheidbestandteil bildenden Plan- und Beschreibungsunterlagen unter nachstehenden Auflagen erteilt:**

**A) Wildbach- und lawinenbautechnische Auflagen:**

1. Als Voraussetzung für einen sicheren Betrieb ist wegen der klimatischen Eigenheiten der Albona eine repräsentative Wettermessstation und eine Schneemessstelle zu betreiben und zu erhalten. Die Verarbeitung der Daten hat durch ein entsprechendes Datenverarbeitungssystem zu erfolgen.

2. Ebenfalls sind sämtliche Daten über Sprengversuche und Sprengergebnisse lückenlos aufzuzeichnen und mit den Daten aus Auflage III. A) 1. dieses Bescheides in Zusammenhang zu bringen.
3. In Stuben hat ein ausreichend geschulter Beauftragter des Bürgermeisters (ein Sicherheitsbeauftragter) oder der Bürgermeister selbst anwesend zu sein, der als Vorsitzender der örtlichen Lawinenkommission alle im Zusammenhang mit der Sprenganlage ergangenen Vorschriften und deren Ausführung überwacht und alle notwendigen Befugnisse besitzt.
4. Eine ausreichende Anzahl an gut geschultem Bedienungspersonals muss rund um die Uhr und unabhängig von den saisonalen Betriebszeiten der Albonabahn für einen Sprengeneinsatz zur Verfügung stehen.
5. Der Organisationsablauf bei Sprengungen, Sperren und Evakuierungen ist gemeinsam mit den anderen Vorschriften für den Betrieb in einer Betriebsvorschrift für den Betrieb der Sprenganlage zusammenzufassen.
6. Um die Organisation von Sperren und Evakuierungen zu ermöglichen, ist für die Ortschaft Stuben ein Einsatzplan zu erarbeiten, in dem auch die Weitergabe der notwendigen Informationen festzulegen ist.
7. An geeigneten Stellen sind für Tourengänger Hinweisschilder aufzustellen, die auf zeitlich unabhängige Lawinsprengungen aufmerksam machen.
8. Die Dimensionierung der Masten auf statischen Schneedruck (zB Gleitschneedruck durch gleitende Schneetafel) bzw dynamischen Lawindruck (bei Masten innerhalb eines Lawinenanbruchgebietes) hat entsprechend zu erfolgen. Dabei sind die verfügbaren Normen und Expertisen zu berücksichtigen (zB „ONR 24806“; „Berücksichtigung der Lawinen- und Schneedruckgefährdung bei touristischen Transportanlagen“ vom WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung SLF Davos). Weiters sind auch die Schneeeinwehungen insbesondere bei der Albonalawine West zu beachten.
9. Die steileren Bereiche der Anbruchgebiete sind bereits bei geringer Neu- und Tribschneemächtigkeit zu sprengen.
10. Es ist besonders auf den raschen Schneezuwachs in Einwehungsbereichen (Westwinde, aber auch Heiterer - Ost - und Regionalwindssystem) zu achten und hier entsprechend öfter künstlich auszulösen.
11. Erfolgreiche Sprengversuche sind bei Zweifel über die Lawinensituation mehrmals zu wiederholen.
12. Auch wenn keine augenscheinliche Veränderung der Lawinensituation zu verzeichnen ist, sind durch periodische Sprengversuche die Gefahren von durch Metamorphose verursachte Lawinen zu reduzieren. Dies gilt vor allem bei großer Kälte und entsprechender Schwimmschneebildung sowie bei Erwärmung.
13. Für den Fall des Ausfalles der Sprenganlage ist am sicheren Albonagrät eine ausreichende Markierung anzubringen, sodass auch bei schlechter Sicht gefahrlos von Hand gesprengt werden kann (dafür sind Sprengmittelvorräte für ca eine Woche bereitzuhalten).
14. Der Zugang zu den Masten, die auf sicheren Standorten auf Rücken stehen, ist zu versichern, sodass auch bei schlechten Wetterverhältnissen kleinere Instandsetzungen durchgeführt werden können.
15. Die Entwicklung der Vorverfüllung der Gräben und Mulden unterhalb des primären Abbruchgebietes ist zu beachten und zu dokumentieren. Sollte durch die Vorverfüllung die Leitfunktion dieser Gräben nach Nord-Nord-West nicht mehr als gegeben erscheinen, sind die Gräben mit Pistenraupen zu räumen und Schneewälle aufzubauen.

16. Bei allgemeiner Lawinengefahr ist beim Absprengen der Albonalawinen auch auf die Möglichkeit von Sekundärlawinen zu achten. Die Warnungen, Absperrungen und Evakuierungen sind dann entsprechend auszudehnen.
17. Die Antragstellerin erklärt sich bereit, einerseits alle Grunddaten für wissenschaftliche Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Sprenganlage zur Verfügung zu stellen und andererseits allfällige neue Erkenntnisse auf diesem Sachgebiet jeweils sobald als möglich zu berücksichtigen.

#### **B) Gewässerschutztechnische Auflage:**

- Zum Grundwasserschutz während der Bauzeit im Quelleinzugsgebiet der Albonaquellen ist das Merkblatt „Allgemeine gewässerschutztechnische Auflagen für den Baustellenbetrieb im Gewässerbereich“ des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Wasserwirtschaft vom 9/2015 sinngemäß einzuhalten. Die Antragstellerin hat dafür zu sorgen, dass die Einhaltung dieser Auflagen durch den Fachplaner bzw die örtliche Bauaufsicht schriftlich bestätigt wird.

#### **C) Geologische Auflage:**

- Dem Vorhaben ist ein Geotechniker beizuziehen, der dem angetroffenen Untergrund angepasste notwendige Sicherungsmaßnahmen vorschreibt, sodass die Anlage dauerhaft stand-sicher ist.

#### **D) Maschinenbautechnische Auflagen:**

1. Für den Betrieb der Anlage sind der Behörde eine technisch kompetente und qualifizierte verantwortliche Person sowie ein Stellvertreter namhaft zu machen. Diese haben den sicheren Betrieb der Anlage und insbesondere den Zugangsschutz (Programmmzugang, Passwörter, usw.) zu gewährleisten. Sie haben dabei bei den notwendigen Tätigkeiten in Zusammenhang mit den Lawinensprengmasten auch alle in den Betriebsanleitungen angeführten Richtlinien in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und des Bescheides auszuführen oder zu überwachen.
2. Für Betrieb und Wartung der Lawinenauslöseanlagen darf nur nachweislich geschultes und mit den Gefahren von Sprengstoff vertrautes Personal eingesetzt werden.
3. Die Lawinensprengmasten müssen über eine EU-Konformitätsbescheinigung verfügen.
4. Die Lawinensprengmasten sind gemäß den Betriebsanleitungen des Herstellers zu betrie-ben.
5. Die Leitern der Lawinensprengmasten sind gegen den Zutritt Unbefugter versperrt zu hal-ten.
6. Bei Nichtauslösen einer Wurfladung (Rückmeldung via Mikrofon, Software oder ähnlicher Einrichtung) ist diese umgehend zu bergen.
7. Es ist die Bestätigung eines befugten Statikers über die Standsicherheit der ausgeführten Lawinensprengmasten bei den zu erwartenden Wind- und Schneelasten und des gegebene-n Untergrundes vorzulegen (Bestätigung der ausgeführten Anlage).
8. Die Beladung der Lawinensprengmasten darf frühestens im November erfolgen, die Entla-dung muss spätestens unmittelbar nach Ende der Lawinensaison durchgeführt werden.

9. Die Lawinensprengmaste sind einmal jährlich durch vom Hersteller oder von seinem Bevollmächtigten beauftragtes Fachpersonal kontrollieren und gegebenenfalls warten zu lassen.

#### **E) Elektrotechnische Auflagen:**

1. Die Lawinensprenganlagen sind mit Blitzschutz- bzw Erdungsanlagen entsprechend den Vorgaben des Herstellers auszustatten. Deren Umsetzung ist der Behörde unter Beilage von zugehörigen Ausführungsunterlagen (Pläne und Erstprüfprotokolle) zu bestätigen.
2. Für die Lawinensprenganlagen sind der Behörde eine EG-Konformitätserklärung im Sinne der Maschinenrichtlinie (2006/42/EG) und EMV-Richtlinie (2014/30/EU) vorzulegen.
3. Die Lawinensprenganlagen sind entsprechend den Vorgaben des Herstellers zu betreiben und instandzuhalten. Die darin vorgesehenen wiederkehrenden Überprüfungen haben in den jeweils definierten Intervallen zu erfolgen.
4. Für die Radaranlage ist der Behörde eine EG-Konformitätserklärung im Sinne der Funkrichtlinie 2014/53/EU vorzulegen.
5. Die Ausführung der elektrischen Anlagen für die Versorgung der Radaranlage gemäß OVE E 8101 „Elektrische Niederspannungsanlagen“ ist zu bestätigen. Die Bestätigung ist der Behörde vorzulegen.
6. Für die Erstprüfung der elektrischen Niederspannungsanlagen für die Versorgung der Radaranlage ist von einer hierzu befugten Fachfirma oder Person mit den erforderlichen fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten im Sinne von § 12 Abs 3 Elektrotechnikgesetz eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, aus der hervorgeht,
  - dass die Prüfung entsprechend der OVE E 8101 „Elektrische Niederspannungsanlagen, Abschnitt 600.4“ in der geltenden Fassung erfolgt ist,
  - dass sämtliche Prüfergebnisse in einem Prüfbericht dokumentiert sind und
  - dass die elektrischen Niederspannungsanlagen sicherheitstechnisch in Ordnung sind.Dokumentierte Messergebnisse sind eindeutig nachvollziehbar darzustellen. Die Prüfberichte und die Anlagendokumentation müssen vor Ort an geeigneter Stelle verfügbar sein und sind bis zum Stilllegen der elektrischen Anlagen aufzubewahren. Die Bescheinigung ist der Behörde vorzulegen.

#### Hinweise:

*Hingewiesen wird, dass der ordnungsgemäße Zustand der Anlagen entsprechend der österreichischen Sicherheitsvorschrift ÖVE/ÖNORM EN 50110-1 „Betrieb von elektrischen Anlagen“ zu erhalten ist. Die von den Herstellern angegebenen Errichtungs-, Einstell-, Instandhaltungs- und Betriebsvorschriften sind einzuhalten.*

*Errichtungs-, Reparatur- und Wartungsarbeiten an der elektrischen Anlage dürfen nur durch eine hierzu befugte Fachfirma oder Person gemäß Elektrotechnikgesetz - ETG 1992 § 12 vorgenommen werden.*

*Bei der Errichtung, Herstellung, Instandhaltung und beim Betrieb elektrischer Anlagen und Betriebsmittel sind die Nullungsverordnung und die durch Verordnungen zum Elektrotechnik-*

*gesetz kundgemachten verbindlichen oder als Regel der Technik anzusehenden österreichischen Sicherheitsvorschriften für die Elektrotechnik einzuhalten*

**III. Gemäß § 112 Abs 1 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl Nr 215/1959 idgF, wird für die späteste Bauvollendung eine Frist bis zum 31.12.2025 festgesetzt.**

**Die Unterlassung der Fertigstellung des Projektes innerhalb dieser Frist hat gemäß § 27 Abs 1 lit f des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl Nr 215/1959 idgF, das Erlöschen der wasserrechtlichen Bewilligung zur Folge.**

## **Begründung**

Die Entscheidungen stützen sich auf das Ergebnis des durchgeführten Ermittlungsverfahrens sowie auf die angeführten Gesetzesstellen.

Wie bereits im Sachverhalt erwähnt, befindet sich das gegenständliche Vorhaben im Nahbereich des Natura-2000-Gebietes "Verwall".

Gemäß § 26a Abs 3 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftsentwicklung LGBl Nr 22/1997 idgF, im Folgenden GNL, bedürfen Pläne und Projekte, auch wenn diese Bereiche außerhalb des Schutzgebietes liegen, die einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten ein Europaschutzgebiet (Natura-2000-Gebiet) erheblich beeinträchtigen könnten, einer Bewilligung. Gemäß § 26a Abs 5 GNL hat auf Antrag des Projektwerbes bzw Planerstellers die Behörde binnen sechs Wochen mit Bescheid festzustellen, ob ein Plan bzw ein Projekt nach Abs 4 ein Europaschutzgebiet (Natura-2000-Gebiet) im Sinne des Abs 3 erheblich beeinträchtigen könnte. Diese Feststellung kann auch von Amts wegen erfolgen.

Hinsichtlich des **Natura-2000-Gebietes** „Verwall“ ergibt sich aus dem Gutachten des Amtssachverständigen für Natur- und Landschaftsschutz zusammengefasst, dass sich dieses in rund 1 km Entfernung zum Eingriffsbereich befinde und eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgebietes bzw der hierfür festgelegten Schutzziele nicht zu erwarten sei. Es war daher die im Spruchpunkt II. ersichtliche Feststellung zu treffen und war eine Bewilligung nach § 26a GNL nicht erforderlich.

Aus dem naturschutzfachlichen Gutachten ergibt sich weiters, dass durch das gegenständliche Projekt im Wesentlichen eine bestehende Anlage ersetzt werde. Aufgrund der relativen Kleinräumigkeit der für die Errichtung der Anlagen notwendigen Eingriffe und der kurzen Installationsdauer sei nicht von einer gravierenden Beeinträchtigung der ökologischen Verhältnisse innerhalb der betroffenen Alpinlebensräume auszugehen. Durch die (projektierten) Helikopterflüge, welche für die **Realisierung** des Vorhabens notwendig sind, würden sich Störwirkungen durch Abwinde und den Lärm der Helikopterflüge ergeben, wodurch die Lebensräume im Einflussbereich temporär an Qualität verlieren und die lokale Fauna in angrenzende, störungsärmere Gebiet verdrängt werden. In der sensiblen Balz- und Brutzeit von Vögeln, insbesondere der Raufußhühner, würden solche Störungen bis zu Aufgabe von Neststandorten und Gelegen führen kön-



nen. Eine entsprechende Auflage, wonach Helikopterflüge für die Errichtung des gegenständlichen Vorhabens erst ab dem 15.07 des jeweiligen zulässig sind, wurde unter Spruchpunkt I. A) dieses Bescheides vorgeschrieben.

Weiters führt der Amtssachverständige für Natur- und Landschaftsschutz aus, dass es durch den zukünftigen **Betrieb** der neuen Anlage zu einem Anstieg an Helikopterflügen komme, wodurch mit einer langfristigen Zunahme an Störereignissen um die Stubigeralpe zu rechnen sei. Durch den bestehenden Skibetrieb sei jedoch bereits ein Störungsregime vorhanden und könne eine populationsrelevante Beeinträchtigung durch die mit dem Betrieb des gegenständlichen Vorhabens einhergehenden zusätzlichen Helikopterflüge nicht nachgewiesen werden.

Gesamthaft wird seitens des Amtssachverständigen für Natur- und Landschaftsschutz festgehalten, dass sich mit der Umsetzung des gegenständlichen Vorhabens langfristig wirksame, kleinräumige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ergeben würden. Unter Einhaltung der unter Spruchpunkt I. A) ersichtlichen Auflagen können die negativen Auswirkungen des gegenständlichen Vorhabens allerdings auf ein vertretbares Ausmaß minimiert werden und das Vorhaben aus naturschutzfachlicher Sicht zur Kenntnis genommen werden.

Nach Angaben des Amtssachverständigen für Maschinenbautechnik hat die Entladung der Lawinensprengmasten ohne zeitliche Verzögerung zu erfolgen, da die Gefahr von Blitzeinschlägen besteht. Die Entladung der Lawinensprengmasten unmittelbar nach Ende der Lawinensaison und die damit verbundenen Helikopterflüge sind daher unbedingt erforderlich und können nicht zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die Naturschutzanwaltschaft führt in ihrer Stellungnahme zusammengefasst aus, dass sowohl die Errichtung als auch der Betrieb der Anlage durchaus kritisch zu beurteilen sei. Allerdings werde das öffentliche Interesse am Schutz der Landesstraße anerkannt und seien keine verträglicheren Alternativen zur Erreichung dieser Ziele bekannt. Weiteres würden die zusätzlichen Beeinträchtigungen dadurch relativiert, dass es sich um den Ersatz einer bestehenden Anlage handle. Durch die Beschränkung der Transportflüge auf die Zeit nach der Brutzeit der Raufußhühner können die negativen ökologischen Auswirkungen vermindert werden. Bei plan- und beschreibungsgemäßer Ausführung sowie Einhaltung der beantragten Auflagen könne das Vorhaben zur Kenntnis genommen werden.

Die dem Verfahren beigezogenen (Amts-) Sachverständigen und die weiteren Vertreter öffentlicher Interessen haben unter Beantragung der erforderlichen und im Spruch vorgeschriebenen Auflagen keinen Einwand erhoben.

Die für die **Errichtung bzw Realisierung** der Lawinensprengmasten erforderlichen Helikopterflüge werden außerhalb der Brutzeit der geschützten Vogelarten durchgeführt. Die für den **Betrieb** der Lawinensprengmasten (Reparatur, Nachfüllung und Entladung) notwendigen Helikopterflüge während der Lawinensaison sind vor dem 15.07. des jeweiligen Jahres nur zulässig, wenn diese unbedingt erforderlich sind. Weiters ist im gegenständlichen Bereich unter anderem durch den bestehenden Skibetrieb bereits eine Störwirkung vorhanden. Zusammengefasst kann daher eine populationsrelevante Beeinträchtigung geschützter Vogelarten durch die Umsetzung des gegenständlichen Vorhabens nicht nachgewiesen werden und war die Erteilung einer Ausnahmege-

nehmung gemäß § 12 der Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Gesetzes über Naturschutz- und Landschaftsentwicklung, LGBl Nr 8/1998 idgF, hinsichtlich der geschützten Vogelarten daher im gegenständlichen Verfahren nicht erforderlich, da keine Verbotstatbestände der genannten Verordnung verwirklicht werden.

Das gegenständliche Projekt wurde auch dem Arbeitsinspektorat Vorarlberg sowie dem Verkehrs-Arbeitsinspektorat zur Kenntnis gebracht. Da im gegenständlichen Verfahren das Land Vorarlberg, Abteilung Straßenbau, Antragstellerin ist, wurde weder eine Zuständigkeit des Arbeitsinspektorates noch des Verkehrs-Arbeitsinspektorates gesehen. Seitens des Verkehrs-Arbeitsinspektorates wurde auf § 8 Abs 2 des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes, BGBl Nr 450/1994 idgF, hingewiesen.

Gemäß § 58 Abs 2 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl Nr 51/1991 idgF, kann eine weitere Begründung entfallen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann binnen vier Wochen ab seiner Zustellung Beschwerde erhoben werden, die schriftlich, mit Telefax oder mit E-Mail bei der Bezirkshauptmannschaft Bludenz einzubringen ist.

Die Beschwerde hat zu enthalten: die Bezeichnung des angefochtenen Bescheids, die Bezeichnung der Behörde, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat, die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die zur Beurteilung erforderlich sind, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

### **Hinweis zur Gebührenpflicht:**

Die Beschwerde ist mit € 30,00 zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe der Geschäftszahl des angefochtenen Bescheides als Verwendungszweck auf das Konto des Finanzamtes für Österreich – Dienststelle Sonderzuständigkeiten (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der Funktion „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“ und das Datum des Bescheides (als Zeitraum) anzugeben. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

### **Hinweis zur Gebührenbefreiung:**

Die Gebühr ist nicht zu entrichten, wenn im § 14 TP 6 Abs. 5 GebG oder im jeweils zur Anwendung kommenden (Verwaltungs-)Materiengesetz eine Gebührenbefreiung für die Eingabe vorgesehen ist.

### **Hinweis für Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer:**

Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

### Ergeht an:

1. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Straßenbau, Widnau 12, 6800 Feldkirch, Brief: RSb, als Antragstellerin, unter Anschluss einer genehmigten Projektsaufertigung (Gl B - folgt per Post)
2. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Wasserwirtschaft (VIId), Intern, zH Amtssachverständiger für Gewässerschutz sowie zH des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes, unter Anschluss einer genehmigten Projektsaufertigung (Gl C - folgt per Post) sowie der digital genehmigten Projektsunterlagen
3. Naturschutzanwaltschaft für Vorarlberg, Jahngasse 9, 6850 Dornbirn, Brief: RSb
4. Gemeinde Klösterle, Klostertalerstraße 59b, 6754 Klösterle, Brief: RSb

Der Bezirkshauptmann

Ing Dr Harald Dreher

Nachrichtlich an:

1. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Straßenbau (VIIb), Intern, als Antragstellerin, unter Anschluss der digital genehmigten Projektunterlagen
2. SynAlp GmbH, Meilstraße 2, 6170 Zirl, E-Mail: office@sinalp.com, als beauftragtes Planungsbüro, die digital genehmigten Projektunterlagen können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://drive.cnv.at/s/3SQmHSiL2QEF6oL>
3. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Maschinenbau und Elektrotechnik (VIc), Intern, zH Amtssachverständiger für Elektrotechnik Ing Markus Lässer, unter Anschluss der digital genehmigten Projektunterlagen
4. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Maschinenbau und Elektrotechnik (VIc), Intern, zH Amtssachverständiger für Maschinenbau Ing Martin Summer, unter Anschluss der digital genehmigten Projektunterlagen
5. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Raumplanung und Baurecht (VIIa), Intern, zH Amtssachverständige für Geologie Dipl-Geol Eva Vigl, unter Anschluss der digital genehmigten Projektunterlagen
6. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Raumplanung und Baurecht (VIIa), Intern, zH Amtssachverständige für Raumplanung, Landschaftsschutz und Baugestaltung Naomi Mittempergher, MArch, unter Anschluss der digital genehmigten Projektunterlagen
7. Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Bludenz, Oberfeldweg 6, 6700 Bludenz, E-Mail: gbl.bludenz@die-wildbach.at, zH des wildbach- und lawinenbautechnischen Sachverständigen DI Martin Jenni, die digital genehmigten Projektunterlagen können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://drive.cnv.at/s/3SQmHSiL2QEF6oL>
8. Naturschutzanwaltschaft für Vorarlberg, Jahngasse 9, 6850 Dornbirn, E-Mail: office@naturschutzanwalt.at, vorab per E-Mail, die digital genehmigten Projektunterlagen können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://drive.cnv.at/s/3SQmHSiL2QEF6oL>
9. Gemeindeamt Klösterle, HNr 59b, 6754 Klösterle, E-Mail: gemeindeamt@kloesterle.at, vorab per E-Mail, die digital genehmigten Projektunterlagen können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://drive.cnv.at/s/3SQmHSiL2QEF6oL>
10. Linus Gmeiner, E-Mail: Linus.Gmeiner@vorarlberg.at, unter Anschluss einer genehmigten Projektausfertigung (Gl D - folgt per Post) sowie der digital genehmigten Projektunterlagen, welche unter folgendem Link heruntergeladen werden können: <https://drive.cnv.at/s/3SQmHSiL2QEF6oL>, zur weiteren Veranlassung

Für die Richtigkeit der Ausfertigung

Asiye Demirtas

